Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

23. März 2022

Energiesperren in Kassel verhindern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.399 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bickel

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat berichtet, gegebenenfalls mit Unterstützung externer Expertise (bspw. Städtische Werke, Schuldnerberatung, Verbraucherzentrale), im nächsten Ausschuss zu Fragen der Energiearmut, sowie zu Entwicklungen bei Strom- und Gassperren in Kassel.
2. Der Magistrat wird beauftragt, eine Richtlinie für das kommunale Jobcenter zu erarbeiten, die unter Berücksichtigung stark steigender Heizkosten als Teil der KdUH- Leistungen einen weiten Spielraum bei der Prüfung der Angemessenheit und Kostenübernahme ermöglicht. Dabei sollen im Rahmen des Weisungsrechts des Oberbürgermeisters die geltenden Regelungen für die Übernahme der Kosten für Heizung im SGB II sowie im SGB XII dahingehend ergänzt werden, dass Nachforderungen für Heizkosten als konkret angemessen zu bewerten sind, wenn sie sich im Rahmen von Preissteigerungen seit Erlass der geltenden Richtwerte bewegen. In diesen Fällen ist davon auszugehen ist, dass sie nicht auf einem Mehrverbrauch, sondern auf gestiegenen Preisen beruhen. Die Prüfung, ob sich eine Nachforderung im Rahmen von Preissteigerungen bewegt, muss von Amts wegen erfolgen, sofern der Erlass der geltenden Regelungen länger als einen Monat vom Ende des Abrechnungszeitraum zurückliegt. Dabei müssen die geltenden Richtwerte um die amtlich ermittelte Preissteigerung für den jeweiligen Energieträger erhöht werden. Die Preissteigerung seit Erlass der geltenden Richtwerte ist beim Statistischen Landesamt oder beim Statistischen Bundesamt zu erfragen. Dabei ist die Steigerung für die Energieträger gesondert zu erfragen. Sofern die Summe aus Vorauszahlungen und Nachforderung unterhalb der erhöhten Richtwerte liegt, ist die Nachforderung zu übernehmen.
3. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, im Gespräch mit den Städtischen Werken darauf hinzuwirken, dass bei sämtlichen Mahnschreiben ein Verweis auf das Projekt „Hessen bekämpft Energiearmut“ bei der Verbraucherzentrale Hessen aufgenommen wird.

4. Der Magistrat wird beauftragt, sich gegenüber den Städtischen Werken für einen generellen freiwilligen Verzicht auf Energiesperren einzusetzen, insbesondere wenn in den betroffenen Haushalten Kinder und Jugendliche leben. Zudem sollen Haushalte, die unverschuldet durch Vertragskündigungen von anderen Energieversorgungsunternehmen in die Grundversorgung gefallen sind, möglichst geringe Aufschläge zahlen müssen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich in einem Schreiben an die Bundesregierung insbesondere für eine zügige Anpassung der Regelsätze des SGB II, SGB XII und AsylbLG einzusetzen, die die stark steigenden Strompreise sozial verträglich auffängt.

Der Antrag wird absatzweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: - -
Enthaltung: - -
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 1 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **zugestimmt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 2 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke, AfD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 3 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 4 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Die Linke, AfD
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Absatz 5 des Antrages der Fraktion Die Linke betr. Energiesperren in Kassel verhindern, 101.19.399, wird **abgelehnt.**

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin